

Ein Historikerreinfall

Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – Desinformation macht Geschichte

Jochen Staatd

Die Fußnoten ließen ihm keine Ruhe. Lutz Utecht, der Bruder des 1953 in Sibirien erschossenen FU-Studenten Wolf Utecht, hat sich auf den langen Marsch durch die Anmerkungssysteme der einschlägigen Werke zur Geschichte der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und des Kalten Krieges gemacht. Lutz Utecht ist, was die Zunft früher herablassend einen Barfußhistoriker nannte. Einer der sich für die eigene Familiengeschichte interessiert und sich nicht mit den akademischen Moden und ihren neusten Interpretationskünsten zufrieden gibt, wenn es darum geht, über die Zeit zu schreiben und zu reden, als sein Bruder in die Mühlen der kommunistischen Todesmaschinerie geriet.¹

Die in jüngster Zeit wiederbelebte Äquidistanz linker Historiker zu den Koordinaten der am Kalten Krieg beteiligten Blöcke mutet persönlich Betroffenen als eine Umdeutung ihrer eigenen Geschichte an, die insbesondere für Hinterbliebene von Opfern der stalinistischen Neuordnung in der SBZ/DDR unerträglich ist. Widerstandshandlungen gegen die stalinistische Diktatur werden – ganz im Stil der damaligen SED-Propaganda – zu terroristischen Aktionen uminterpretiert. Die Akteure des antikommunistischen Widerstands, die sich für demokratische Verhältnisse engagierten, werden nachträglich zu Marionetten von westlichen Geheimdiensten gemacht. Auf diese Weise ihrer persönlichen Motive beraubt, geistern sie dann als Landsknechte des „Kalten Krieges“ durch die Kulissen der angeblich neusten Weltgeschichtsschreibung. Irgend etwas wird schon dran sein, an den Vorwürfen, die ihnen die stalinistische Militärjustiz gemacht hat, irgendwie wurden sie nicht ganz zu Unrecht zu Opfern.

Doch wer 1948 angesichts von fast 5 000 Verschwundenen allein in Berlin nicht unpolitisch bleiben konnte, wer nach dem Ende der Nazidiktatur das „Nie wieder“ ernst nahm und eine erneute Gleichschaltung nicht hinnehmen wollte, war schon mittendrin im „Kalten Krieg“. Die Gründungsstudenten der Freien Universität Berlin stehen dafür ebenso wie der KgU-Initiator Rainer Hildebrandt geradezu paradigmatisch.

So neu, wie behauptet, ist die neue Kalte-Kriegs-Melange übrigens nicht, die da seit geraumer Zeit von interessierten Historikern aufgetischt wird. Im Gegenteil, manche Quelle, auf die sich die Neudeuter des „Kalten Krieges“ berufen ist reichlich abgestanden und trübe, wie im Folgenden zu zeigen sein wird. Ein Standardwerk, das in den Fußnotenapparaten immer auftaucht, wenn es um die KgU geht, stammt von Karl Heinz Roth. Es entstand unter Mitarbeit von Nicolaus Neumann und Hajo Leib und erschien 1971 im konkret-Verlag (konkret extra) unter dem Titel *Invasionsziel DDR. Psychologische Kampfführung. Vom kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik*.² Roth und seine Mitarbeiter wurden, als sie ihr Kampfbuch gegen die angeblich so aggressive Bundesrepublik schrieben, selbst zu

1 Der Autor verdankt Lutz Utecht zahlreiche Hinweise auf kühne Tatsachenbehauptungen in den gegenseitig abgeschrieben Fußnoten der Kalten-Kriegs-Historiker, die sich bei näherer Betrachtung der Zusammenhänge als falsch herausstellten. Zum Teil beruhten sie auf Desinformationsmaßnahmen des MfS.

2 Roth, Karl Heinz unter Mitarbeit von Neumann, Nicolaus und Leib, Hajo: *Invasionsziel DDR*. Hamburg 1971.

Akteuren der psychologischen Kampfführung. Sie veröffentlichten in dem Band angeblich authentische Dokumente über interne Vorgänge in der KgU aus dem Jahr 1951, die zu beträchtlichen Teilen aus der Fälscherwerkstatt des Ministeriums für Staatssicherheit stammten. Das von Roth und Co. veröffentlichte Material war freilich eine Zweitverwertung des MfS. Eine erste Version der gefälschten Dokumente brachte das MfS bereits 1951 in Umlauf, als Teil der damaligen psychologischen Kampfführung gegen die KgU. Für den Roth-Band wurde das alte Material neu aufbereitet und um verräterische Stellen bereinigt, wie an zwei von Roth und Co. im Faksimile präsentierten angeblich authentischen Dokumenten zu KgU-Interna deutlich wird.

Gefälschte Dokumente

Das erste Dokument soll ein angebliches Schreiben des ausgeschiedenen KgU-Mitarbeiters Heinrich von zur Mühlen an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen sein. Es trägt den Betreff „Gefährdung der Widerstandsarbeit durch die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘.“³ Im Kopf findet sich zur Mühlen's Adresse, Kurfürstendamm 145 und seine Telefonnummer sowie der unterstrichene Vermerk „Geheim“. Die Anschrift aber richtet sich nicht an die zuständige Abteilung des Bundesministeriums, sondern ganz allgemein an die Adresse „Berlin, Bundeshaus“. Als ehemaliger Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes – zur Mühlen war dort von 1940 bis 1945 beschäftigt – kannte der angebliche Verfasser des Briefes die Gepflogenheiten des Schriftverkehrs im Staatsdienst. Er wußte, wie man Schreiben auf dem Institutionenweg an einen amtlichen Empfänger zu richten hat. Zur Mühlen hätte wohl kaum ein von ihm selbst als „Geheim“ bezeichnetes Schreiben, das Interna über die „Gefährdung der Widerstandsarbeit in der Zone“ durch die KgU enthielt, unspezifisch ohne Abteilungsangabe/Empfängerangabe an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen adressiert.

Ungewöhnlich ist weiterhin das Fehlen einer Unterschrift am Ende des Schreibens, „gez. Dr. v. zur Mühlen“ ist lediglich maschinenschriftlich eingetragen. Aber auch inhaltlich weist der angebliche Brief zur Mühlen's Ungereimtheiten auf. Eine solche betrifft Hanfried Hiecke, der – so die damals verbreitete Legende – in der Nacht vom 8. zum 9. September 1951 in Ost-Berlin festgenommen wurde. Zur Mühlen, der seit März 1951 nicht mehr der KgU angehörte, schrieb am 15. September 1951, also angeblich sechs Tage nach der Festnahme Hieckes, daß „das von Hiecke gesteuerte Netz inzwischen vom Gegner aufgerollt worden ist“. Woher soll zur Mühlen das zu einem Zeitpunkt gewußt haben, als die Verhaftungswelle noch gar nicht abgeschlossen war, und woher soll zur Mühlen, der zu diesem Zeitpunkt schon aus der KgU herausgedrängt worden war, die Informationen über Verhaftungen erhalten haben? Vor allem aber schreibt zur Mühlen den Vornamen des von ihm positiv gewürdigten Hanfried Hiecke – „einer der fähigsten Mitarbeiter der KgU“ – falsch. Er nennt ihn Manfred. Die Decknamen „Fred Walter“ und „Fred Schütthoff“ hingegen sind in dem angeblichen zur Mühlen-Brief wieder zutreffend erwähnt.

Das zweite Dokument, das Roth als Beleg präsentierte, war ein anonymes Schreiben aus vom November 1951. Lutz Utecht spürte nun im Berliner Landesarchiv die Urfassung dieses anonymen Schreibens aus dem Jahr 1951 auf, das sich in den Überlieferungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin fand. Das Schreiben war am 9. November 1951

³ Vgl. Roth, Karl Heinz u.a.: Invasionsziel DDR, Dokumente 2, S. 117.

in der Senatskanzlei bei Ernst Reuter eingegangen und von dort als „Drohung gegen den Reg. Bürgm.“ an den Polizeivizepräsidenten Urban mit der Bitte um Veranlassung weitergeleitet worden.⁴ Absender war eine „Kampfgruppe gegen undeutsches Verhalten“. Es handelte sich offenkundig um eine Desinformationsmaßnahme gegen die KGU. Das Schreiben enthält mehrere Passagen, die mit dem von Roth 1971 als Dokument 2 publizierten angeblichen „Schreiben“ zur Mühlens vom 13. September 1951 wortwörtlich identisch sind.

Diese Passagen finden sich ab der Seite 12 des anonymen Schreibens. Karl-Heinz Roth bringt ab Seite 124 seiner Dokumentation ein Faksimile desselben anonymen Schreibens, das Lutz Utecht im Landesarchiv gefunden hat. Bei Roth aber endet das Dokument auf dem letzten Drittel der Seite 11. Die Seiten 12 bis 14, die in der Überlieferung des Berliner Landesarchivs enthalten sind und auf denen sich die wortidentischen Passagen mit dem Schreiben zur Mühlens vom 13. September 1951 finden, fehlen bei Roth. Entweder haben die Desinformationsspezialisten des MfS diese Seiten aus ihren Altbeständen zu-



Johann Siegfried Hiecke alias Hanfried Hiecke in den späten 1940ern.

rückgehalten, weil ihnen klar war, daß ein anonymes Schreiben an den Regierenden Bürgermeister nicht wortidentische Passagen mit einem geheimen Brief Heinrich von zur Mühlens an das gesamtdeutsche Ministerium enthalten kann, oder Karl-Heinz Roth hat das Dokument wohlweislich bereinigt.

Karl-Heinz Roth, der den Brief als Dokument 1971 publizierte, zitierte in Fußnote 69 die von Hiecke in Ost-Berlin verfaßte Propagandabroschüre als „H. Hiecke: Deckname Walter, Berlin DDR 1953“. Auf dem Titelblatt der Broschüre prangt der volle Name des Autors Hanfried Hiecke. Tatsächlich hieß der Mann Johannes-Siegfried Hiecke, geboren am 25. Juni 1929 in Dresden. Hiecke ist heute noch in Berlin-Weißensee unter seiner alten DDR-Adresse erreichbar. Auskünfte über seine frühere Agententätigkeit in West-Berlin und seinen Verrat, der über 40 Gegner des SED-Regimes das Leben kostete, gibt er wie schon in den frühen 1950er-Jahren zu Desinformationszwecken nur an ihm geeignet erscheinende Multiplikatoren wie den

Potsdamer Antifa-Historiker Enrico Heitzer, der die „braunen Wurzeln der antikommunistischen Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU)“ aufdecken möchte.⁵

⁴ Vgl. Anonymes Schreiben in LAB, B Rep. 002, Nr. 12787.

⁵ Das Antifaschistische Info Blatt (AIB) Nr. 85 veröffentlichte 2009 einen Text von Enrico Heitzer (Zentrum für Zeithistorische Forschung) unter der Überschrift: „Rattenjagd als nationale Pflicht“. Die braunen Wurzeln der antikommunistischen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU), S. 38–40. Den Hinweis auf diesen Text verdankt der Autor Benedikt Maria Müller. Heitzers Text ist von AIB auch ins Internet gestellt worden, direkt daneben sind – welch ein Zufall – die Fotos der Rechtsterroristen Mundlos, Wohlleben und Tschäpe abgebildet.

Heitzer übernahm aus Hieckes Erzählungen und/oder dubiosen Quellen auch die bereits von Roth verbreitete Mär, Heinrich von zur Mühlen verfüge aus der Nazizeit über langjährige Geheimdienst Erfahrungen als „Abwehrmann“. O-Ton Heitzer: „Der promovierte Historiker war Assistent bei Albrecht Haushofer gewesen und hatte im Krieg im Amt Abwehr, dem Nachrichtendienst der Wehrmacht, gearbeitet. Als vormaliges Mitglied der Division Brandenburg verfügte er über weitläufige Kontakte in die Nachrichtenszene, die nach 1945 langsam wieder entstand.“⁶ In seinem Buch *Affäre Walter* behauptet Heitzer: „Regierungsrat von zur Mühlen fungierte in den Jahren 1942 bis 1945 offiziell als Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Wehrmacht. Tatsächlich war er für das Amt Abwehr, Division Brandenburg, tätig.“ Tatsächlich!?! Die Division Brandenburg existierte erst seit Frühjahr 1944. Ein „Amt Abwehr“ gab es zur fraglichen Zeit nicht. Seit 1941 hieß die genannte Wehrmachtseinrichtung „Amt Ausland/Abwehr“, vorher, zu Zeiten der Reichswehr, hieß die Einrichtung „Abteilung Abwehr“. Als Beleg für zur Mühlens Zugehörigkeit zum angeblichen „Amt Abwehr“ führt Heitzer in beiden Fällen eine Sekundärquelle an: Hermann Zolling/Heinz Höhnes *Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes*, Hamburg 1971, S. 254. Dort wird von den beiden *Spiegel*-Autoren die Behauptung zur Mühlen sei ein ehemaliger „Abwehr-Mann“ freilich gar nicht belegt. In der zugehörigen Fußnote wird auf Personendossiers im *Spiegel*-Archiv verwiesen sowie auf die MfS-Desinformationsschrift von Wolfgang Höher: *Agent 2996 enthüllt*, S. 40. Höher, der von der Organisation Gehlen in die DDR übergelaufen war, stellte sich in der 1954 erschienen Broschüre folgendermaßen vor: „Der Schreiber dieser Broschüre, Wolfgang Höher, ist 40 Jahre alt, von Beruf Jurist, ehemaliger Offizier und seit 1950 als leitender Mitarbeiter im Abwehrrapparat der Organisation Gehlen in Westberlin tätig gewesen. Lange Zeit glaubte ich, mit meiner Arbeit für den sich westdeutschen Nachrichtendienst nennenden Gehlen-Geheimdienst nationalen Interessen zu dienen. [...] Meine fünfjährige Teilnahme am Krieg und meine fast fünfjährige Kriegsgefangenschaft haben mich zu einem Gegner jeder Politik gemacht, die die Gefahr eines neuen Kriegs in sich birgt.“⁷ Wäre der Mann bei der KgU gelandet, würde er vorzüglich in Heitzers Beuteschema passen.⁸ So aber, da er ins „Friedenslager“ überlief, soll er angeblich bezeugen, was durch kein einziges authentisches Quellenstück belegt wurde. Aber nicht einmal dafür kann seine Enthüllungsbroschüre Substantielles bieten. Auf Seite 40, die von den *Spiegel*-Autoren Zolling und Höhne in der Fußnote als Quelle für zur Mühlens frühere Tätigkeit als „Abwehr-Mann“ ausgewiesen wird, kommen weder Hildebrandt noch zur Mühlen namentlich vor, es geht dort um die Geheimdienstorganisationen CIC, MID und CID. Heitzer belegt seine Behauptung, zur Mühlen sei unter Admiral Canaris als „Abwehrmann“ tätig gewesen, demnach mit einem ihm nicht bekannten Dossier aus dem *Spiegel*-Archiv und einer SED/MfS-Propagandabroschüre, die freilich am angegebenen Ort überhaupt keine Angaben zur Person zur Mühlens enthält.

6 Heitzer, Enrico: Koestler, Orwell und Die Wahrheit. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und das heimliche Lesen in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR 1948 bis 1959. In: Lokatis, Siegfried/Sonntag, Ingrid (Hrsg.): Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur. Berlin 2008, S. 140 f.

7 Höher, Wolfgang: Agent 2996 enthüllt. Berlin 1954, S. 5.

8 Vgl. Heitzer, Enrico: SMT-Verfahren im Zusammenhang mit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). In: Sowjetische Militärjustiz in der SBZ/DDR (1945–1955). Halle 2009, S. 65: „Drei Wochen später, am 17. November 1951, verurteilte das SMT 48.240 in Halle den Wismutarbeiter und vormaligen Fallschirmjäger-Feldwebel Werner Hildebrandt, der als ‚Weißer Ring‘, seit längerer Zeit Mitarbeiter der Kampfgruppe‘ gewesen war.“

Die zeitgleich mit *Pullach intern* erschienene Kampfschrift von Karl Heinz Roth enthielt ebenfalls ohne jeden Quellenhinweis die Mär vom „Abwehrspezialisten Dr. von zur Mühlen“.⁹ Roth hat sich in seinem KgU-Stück eine ganz eigene Gründungsgeschichte zusammenphantasiert. „Am Anfang stand ein ‚Büro Dr. Hoffmann‘, geleitet von dem alten Abwehrspezialisten Dr. von zur Mühlen, der in emsiger Karteiarbeit Nachrichten über politische Häftlinge in der Sowjetischen Besatzungszone sammelte.“ Das Büro sei vom CIC kontrolliert worden. „Von dieser Seite dürfte gegen Ende des Jahres 1948 der Vorschlag gekommen sein, den die Kartei bedienenden Informationsapparat zur Keimzelle einer Propagandaorganisation zu machen, deren Aufgabe es sein sollte, gegen den gerade gegründeten sowjetisch-deutschen ‚Kulturbund‘ zu agieren.“ Eine Gruppe „fanatisch-antikommunistischer“ junger Leute um Rainer Hildebrandt sei deswegen alsbald „engagiert“ worden. „Sie taten sich im Dezember 1948 mit dem ‚Büro Dr. Hoffmann‘ zusammen. Wenig später wurde von Hildebrandt auf einer Versammlung im überfüllten Berliner Titania-Palast die Gründung einer ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ bekanntgegeben.“¹⁰ Laut Roth sollte die KgU den „Tag X“ in der DDR vorbereiten, anhand ihrer Geschichte ließen sich seiner Meinung nach „die Beziehungen zwischen Annexionsstrategie und auf Annexion hinarbeitender Subversion am ehesten exemplarisch durchschaubar machen“.¹¹ Mit dem „gerade gegründeten sowjetisch-deutschen ‚Kulturbund“ muß Roth wohl den „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ gemeint haben, der am 4. Juli 1945 im Sendesaal des Berliner Rundfunkhauses ausgerufen, am 8. August 1945 seinen offiziellen Gründungskongreß abhielt und Johannes R. Becher zu seinem ersten Präsidenten wählte.

Interessant sind die Hinweise Roths auf seine Quellen über die KgU. Mehrfach war das ein am 18. September 1969 in der Zeitschrift *konkret* erschienener Artikel Reinhard Streckers mit dem Titel „Terror für den Westen. Wie die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ die DDR sturmreif machen sollte“. Weiterhin bezog sich Roth mehrfach auf „KgU-Akten“. Für die Überlassung dieser Akten dankte er Reinhard Streckers und Günter Wallraff. Letzterer hatte 1969 den in Schweden lebenden ehemaligen KgU-Mitarbeiter Gerhard Bruhn aufgesucht und interviewt. In den Überlieferungen des Staatssicherheitsdienstes befindet sich eine Auskunft der MfS-Desinformationsabteilung aus dem Jahr 1976 über einen angeblichen früheren Inoffiziellen Mitarbeiter „Wagner“ – alias Günter Wallraff. Darin fand auch die Schweden-Reise von 1969 Erwähnung. „Wagner“ habe sich mit Materialien über die „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“ (KgU), die von West-Berlin aus gegen die DDR operierte, beschäftigt. „Von Seiten des MfS wurde das Interesse an der KgU etwas hochgespielt“. „Wagner“ habe „im Auftrag“ eine Reise zu einem ehemaligen KgU-Mitarbeiter nach Schweden unternommen. „Auf der Grundlage des erarbeiteten Materials erfolgte dann eine Veröffentlichung in ‚konkret‘, die vorher mit dem MfS abgestimmt war.“¹² Der Artikel, von dem hier die Rede ist, war der von Roth mehrfach zitierte Text Streckers „Terror für den Westen“, der auf Wallraffs Recherchen beruhte. Ganz im Stile der SED-Propaganda wurde darin die KgU als „verbrecherische Organisation“ beschrieben, der „als Lizenzträger auch der heutige Bundesin-

9 Siehe Roth, Karl Heinz: Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“. Fünfte Kolonne des Kalten Krieges. In: Roth u.a.: Invasionsziel DDR. Hamburg 1971, S. 87.

10 Ebd.

11 Ebd.

12 Die Auskunft der HV A/X über Günter Wallraff vom 25. November 1976 findet sich unter BStU, ZA, MfS HA XX 2961. Günter Wallraff selbst bestreitet die Zusammenarbeit mit dem MfS.

nenminister Ernst Benda angehört hat“. Als besonders übel lastete *konkret* der KgU an, sie habe den Oberschüler Hermann Flade im Jahr 1951 dazu verleitet, in der DDR anti-kommunistische Plakate zu kleben. Flade habe dann den „Preis für eine der unzähligen, leichtfertig von der KgU geplanten Aktionen“ gezahlt und zehn Jahre in einem DDR-Zuchthaus verbracht. Flade reagierte auf diese *konkret*-Enthüllung mit einem Leserbrief. Er sei zu seiner Aktion nicht durch die KgU ermuntert worden, „sondern habe sie aus eigenem Entschluß unternommen. Von der Existenz der KgU habe ich erst durch die Vernehmungsoffiziere des Staatssicherheitsdienstes erfahren. Auch die Anklageschrift und das Urteil behaupten nicht, daß ich mit der KgU zusammengearbeitet hätte. Die KgU schaltete sich erst in die Protestbewegung ein, die die Umwandlung des Todesurteils in 15 Jahre Zuchthaus bewirkte.“¹³

Weitere Quellen, die Roth angibt, sind Texte aus DDR-Desinformationsquellen. So die auf einer „internationalen Pressekonferenz“ in Ost-Berlin 1955 vorgelegte „Denkschrift über die Tätigkeit der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V.‘“, auf die noch einzugehen sein wird. Roth zitierte sie bisweilen auch als „Memorandum“. Weiterhin berief sich Roth auf Hieckes Broschüre, auf die 1957 in Ost-Berlin publizierte Propagandaschrift „Unmenschlichkeit als System. Dokumentation über die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, diverse Presseveröffentlichungen, sowie auf „KgU-Akten“, die Wallraff von Bruhn in Schweden erhalten haben soll.¹⁴ Auch auf die Herkunft dieser „KgU-Akten“ wird noch zurückzukommen sein.

Ebenso falsch wie die Geschichte vom „gerade gegründeten deutsch-sowjetischen Kulturbund“ ist auch die Behauptung von Roth und anderen Fußnotenabschreibern, Heinrich von zur Mühlen habe zum Gründerkreis der KgU gehört. Den vorliegenden Quellen zufolge stieß zur Mühlen erst im Februar 1949 zur KgU. Gerhard Finn, der viele Jahre Mitarbeiter im Suchdienst der KgU war, erinnerte sich im Zeitzeugengespräch vor einigen Jahren noch lebhaft an die chaotischen Anfänge in der Wohnung von Rainer Hildebrandt. Alles begann voller Idealismus und weitgehend improvisiert. Hildebrandt, der organisatorisch nicht sehr begabt war, hütete die ersten Karteibestände noch persönlich unter seinem Bett.¹⁵ Auch in dem von Roth dokumentierten „anonymen Schreiben“ vom November 1951 wurde das so dargestellt: „Nach dem Ausscheiden des bis Anfang Februar die Aufgaben eines Geschäftsführers nebenher wahrnehmenden Journalisten Dr. Harold W. Esche gewann Hildebrandt für diese Arbeit den ihm aus seiner Studentenzeit bekannten Dr. Hoffmann für diese Arbeit,“ hieß es in dem MfS-Machwerk. Da es an den Regierenden Bürgermeister von Berlin gesandt wurde, dessen Umfeld die Entwicklung der KgU genau kannte, wäre eine Falschinformation über Heinrich von zur Mühlens Rolle wenig zielführend gewesen.

Der Spiegel hatte, soweit sich das bislang nachvollziehen läßt, erstmals 1958 ohne jeglichen Quellenhinweis verbreitet, zur Mühlen sei ein ehemaliger „Abwehrmann“ gewesen, der unter dem Decknamen „Büro Hoffmann“ „in einer Kartei Nachrichten über politische Häftlinge in der Sowjetzone“ gesammelt habe. „Dr. von zur Mühlens stille Sucharbeit, die er, der gelernte Abwehrmann, ohne jede Publizität führte, schien Hildebrandt nicht das

13 Vgl. hierzu auch die damit übereinstimmende Darstellung in Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – KgU. Berlin 2000, S. 26.

14 Vgl. Roth, Karl Heinz: Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“. Hamburg 1971, S. 110 ff.

15 Das Zeitzeugengespräch mit Gerhard Finn fand am 23. Oktober 2008 statt. Vgl. Staadt, Jochen: Vergeßt sie nicht! Freiheit war ihr Ziel – Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. ZdF Nr. 24/2008, S. 63 ff.

Richtige.“¹⁶ Deswegen habe Hildebrandt bald, um eine öffentliche Bühne zu haben, die Gründung der KgU verkündet. Genau umgekehrt und ziemlich spontaneistisch hat es sich jedoch abgespielt. Hildebrandt verkündete nach einigen Vorabsprachen die KgU-Gründung, dann entstand nach und nach und zunächst improvisiert die Organisation.¹⁷ Ihr erstes „Büro“ befand sich, wie bereits erwähnt, in der Wohnung von Rainer Hildebrandt. Nach Gerhard Finns Darstellung in *Nichtstun ist Mord* „firmierte die KgU unter dem Namen ‚Büro Dr. Hoffmann‘“ bei der Arbeitslosenversicherung, beim Finanzamt und im Schriftverkehr zu Personalfragen ihrer Angestellten.¹⁸ Es bleibt also festzuhalten, daß bislang von den engagierten KgU-Entlarvern keine historische Primärquelle für Heinrich von zur Mühlen Zugehörigkeit zur Wehrmachtsabwehr präsentiert wurde. Einer schreibt des anderen Fußnoten ab bzw. die Desinformationen des MfS.

Was die Quellen hergeben

Dies ändert freilich nichts daran, daß zur Mühlen über langjährige Erfahrungen als NS-Propagandist verfügte, wobei er sich als eher lautstarker Verfechter der braunen Ideologie hervortat und sich seit seinem Eintritt in die Ortsgruppe Estland der NSDAP am 1. Mai 1932 auch profunde Organisationserfahrungen in diversen NS-Dienststellen aneignen konnte.¹⁹ Das läßt sich aus den zu seiner Person vorhandenen Überlieferungen im Bundesarchiv recht präzise nachverfolgen. Was aus diesen Unterlagen hervorgeht, steht aber im deutlichen Gegensatz zum Bild vom „erfahrenen Abwehrmann“ der Antifa-Historiker. Im parteistatistischen Erhebungsbogen der NSDAP, „Fragebogen für Parteimitglieder, Stand 1. Juli 1939“, trug Dr. Heinrich von zur Mühlen ein, in einem freien Beruf tätig zu sein, was zu diesem Zeitpunkt zutraf. Unter „Mitgliedschaft u. Tätigkeit in den Gliederungen, angeschl. Verbänden, Vereinen usw.“ sind NSKK, Deutsche Arbeitsfront, NS-Volkswohlfahrt ausgewiesen, nicht jedoch die SA und nicht die SS, denn aus diesen Organisationen war zur Mühlen zu diesem Zeitpunkt ausgeschieden, wohl aber ist das SA-Sportabzeichen (Wehrsportabzeichen) angegeben.²⁰ Den Unterlagen zur Einstellung im Auswärtigen Amt und einem Fragebogen der SA aus dem Jahr 1943 ist folgender Werdegang zur Mühlen zu entnehmen:

Heinrich Max Friedrich Bernhard von zur Mühlen, geboren am 27. Januar 1908 in Charlottenhof, Kreis Jevren, Estland. Privatgymnasium Dorpat, Gymnasium Rostock, 2 Jahre Hausunterricht, Gymnasium Doberan (Meckl.), Dt. Privatgymnasium Dorpat, Abitur 1927, Universität Dorpat, Freiburg i.Br.; Leipzig, Studium: Geschichte, Rechtsgeschichte, Soziologie. Dr. phil. Am 30. Juni 1936 in Leipzig. Sept 1934 bis Mai 1935 Adjutant bei v. Rippentrop. August 1936 bis April 1937 Referent in der Dienststelle Ribbentrop, Büro von Kursell (für volksdeutsche Fragen); 1937 bis 1939 Herausgeber des „Handbuches der Kurländischen Ritterschaft“; 1939 bis 1940 1. Assistent am Geopolitischen Institut der Deutschen Hochschule für Politik; ab 1. August 1940 im Auswärtigen Amt; Regierungsrat im Auswärtigen Amt; Sprachen: französisch (Schule), estnisch (perfekt, im Lande er-

16 Siehe: Geheimdienste / Tillich. Später Werwolf. Der Spiegel Nr. 27/1958.

17 Vgl. ausführlich hierzu Finn: *Nichtstun ist Mord*, S. 17.

18 Ebd., S. 18.

19 NSDAP-Mitgliederkartei; v. zur Mühlen, Heinrich. Berufsangabe zum Zeitpunkt des Eintritts am 1. Mai 1932 Student, Mitgliedsnummer 1139781. BArch, DC 3200, P0022, Ortsgruppenkartei.

20 Vgl. NSDAP, Reichsorganisationsleiter: Parteistatistische Erhebung 1939, zur Mühlen. BArch, R 9361 / I, 2366.

worben), russisch (viel vergessen). Wissenschaftliche Kenntnisse: Geopolitik, Geschichte, Sippenkunde; verheiratet, ein Sohn, geb. 1940. Vater Werner von zur Mühlen geb. in Dorpat am 1. November 1878, Direktor der deutschen Sparkasse in Pernau (Estl.); Mutter Cary, geb. Freiin von Hayningen-Huene, geb. am 24. Februar 1887 in Lachts/Estland;

Heinrich von zur Mühlen gab in den Fragebögen Mitgliedschaften in mehreren NS-Organisationen an: Mitglied der (illegalen) N.S. Erneuerungsbewegung der deutschen Volksgruppe in Estland 1930 bis 1932, Landescorps „Livonia“-Dorpat (aktiv 1927 bis 1932) im Dorparter Deutschen Chargierten-Convent. NSV u. NSKK (förderndes Mitglied), Mitgliedschaft im NSDStB 27.04.32 bis Mai 1934; NSKK 1936 bis 1940 (zuletzt als Oberscharführer). Der SA trat zur Mühlen bereits am 25.05.32 bei. Er gehörte zur Einheit 2./113, Standort Freiburg/Br. Funktionen: Scharführer, 01.11.32 Sturmbannadjutant und Sturmführer des Sturmbann VI in Freiburg. Vom 15.06.33 bis 04.01.34 gehörte zur Mühlen der SS an. Am 04.01.34 erfolgte sein Wiedereintritt in die SA als Scharführer im Stab 113 Freiburg, 15.04.34 bis 01.09.34 Referent im SA Hochschulamt Freiburg, 01.11.41 bis 01.12.41 Stab SA Gruppe Berlin z.V., 01.12.41 OSAF, Adjutantur;²¹ Wiedereintritt in die SA 01.11.41 als SA Hauptsturmführer laut Befehl des OSAF; laut einem weiteren Personalbogen für Änderungen und Ergänzungen wurde zur Mühlen auf Befehl der Obersten SA-Führung am 01.12.41 zur ehrenamtlichen Dienstleistung der Adjutantur des Stabschefs der SA zugeteilt.

Militärverhältnisse: Sommer 1937 acht Wochen beim II/Flak-Regiment 22 freiwillig (acht Wochen),²² ebenfalls im Sommer 1938 (acht Wochen), im Herbst 1938 beim 8./Flak-Regiment 12 (6 Wochen),²³ Frühjahr 1939 9./Flak-Regiment 22 (4 Wochen), Sommer 1939 Sonderlehrgang OKW (6 Wochen); Auf Fragebogenergänzung: Leutnant der Reserve 01.09.43, Orden: Kriegsverdienstkreuz II. Kl. Spezialausbildung: Flak, Dienstgrad dort Wachtmeister-ROA,²⁴ z.Zt. Sonderführer (B) ab 03.06.42.

Parteitätigkeit in der NSDAP: Sommer 1932 stellv. Organisations- und Propagandaleiter der Ortsgruppe Freiburg, 27.04.1932 bis Mai 1934 im NSDStB, u.a. Hochschulgruppenführer und Führer der Studentenschaft Freiburg Br.²⁵

Laut Unterlagen des Auswärtigen Amtes begann zur Mühlen dort im Juli 1940 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, seit 1941 leitete er das Referat Geographischer Dienst. Vom 15. September bis 13. Oktober 1941 delegierte ihn das Auswärtige Amt zum „Sonderkommando Künsberg“, um in seiner Heimatstadt Dorpat kartographische Materialien, Kunstgegenständen und diplomatische Akten zu beschlagnahmen. Auch in den Überlieferungen des Auswärtigen Amtes wurde er als Wachtmeister der Reserve u. ROA. im

21 OSAF steht für Oberste SA-Führung.

22 Das Flakregiment 22 war mit seiner II. Abteilung bis 1939 in Brandenburg an der Havel stationiert, es hatte mit der „Division Brandenburg“ bzw. deren Vorgängereinrichtungen nichts zu tun. Die „Division Brandenburg“ existierte erst seit Frühjahr 1944. Ihre Vorgängereinrichtung, die Baulehrkompanie z.B.V. 800 wurde im Oktober 1939 in Brandenburg eingerichtet. Da war zur Mühlers Sonderlehrgang bei der Flak in Brandenburg bereits beendet. Siehe zum Flakregiment 22: <http://www.ww2.dk/ground/flak/flargt22.html>, Zugriff am 20.06.2013.

23 Das Flakregiment 12 wurde 1937 formiert und hatte 1938 seinen Standort in Berlin-Lankwitz. Siehe <http://www.ww2.dk/ground/flak/flargt12.html>, Zugriff am 20.06.2013.

24 ROA steht für Reserveoffizieranwärter.

25 zur Mühlen, Heinrich von: Personalfragebogen der SA vom 1. September 1943 (für SA-Führer, Sanitätsführer und Verwaltungsführer). BArch, SA / 4000002906, Fol. 1.

Flakrgt. 22 geführt, als NSDAP-Mitglied und Oberscharführer des NSKK.²⁶ Dem *Amt* von Eckart Conze u.a. ist zu entnehmen wo der angebliche „Abwehrmann“ danach eingesetzt war: „Regierungsrat Heinrich von zur Mühlen, mit der 4. Panzerarmee auf dem Vormarsch in Richtung Kaukasus berichtete im Juli 1942 besorgt: ‚Unsere Landser haben durch die häufig fraglos sehr notwendigen Requisitionen zur Ernährung der Truppe etwas eigenartige Begriffe von fremdem Eigentum erhalten und requirieren ohne und gegen Befehl, leider sehr häufig sogar unter den Augen der Vorgesetzten, munter auch da, wo es gar nicht notwendig ist.‘“²⁷ Nach Abwehrtätigkeit klingt das nun wirklich nicht.

Ab dem 1. März 1944 delegierte das Auswärtige Amt zur Mühlen als VAA (Vertreter des Auswärtigen Amtes) zum Oberkommando der Wehrmacht (OKW/WPr, d.h. zur Wehrmachtspropaganda).²⁸ In der Nähe von Husum kam er 1945 in englische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1946 entlassen wurde. Zurück in Berlin wohnte er unter seiner alten Adresse am Kürfürstendamm. Er hatte sich um die Ernährung von Frau, zwei Söhnen und seiner alten Mutter zu kümmern und verdingte sich nach eigener Auskunft zunächst als Bauhilfsarbeiter, dann als Rechercheur für den Historiker Gerhard Ritter, der ihn mit der Suche nach Belegen über die Schicksale von Widerstandskämpfern aus dem Umfeld von Carl Goerdeler beauftragt hatte.²⁹ Ritter war mit Goerdeler befreundet und selbst nach dem 20. Juli 1944 zeitweise in Haft gewesen. Seine Biographie *Carl Friedrich Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung* erschien 1954. Gleich auf der ersten Seite des Buches findet sich folgende Danksagung Ritters für die Zulieferung von wichtigem Quellengut: „Die wichtigste Unterstützung bei dieser Sammelarbeit fand ich durch meinen ehemaligen Schüler, Dr. Heinrich von zur Mühlen in Berlin. Er hatte im Auftrag und mit finanzieller Unterstützung eines Berliner Kreises (von Zastrow, von Zitzewitz-Muttrin, Frau Leber, Heinz, Dr. Reuter u.a.) schon vorher eine Materialsammlung begonnen“ und eine „ausführliche genau präzierte Befragung von Überlebenden“ durchgeführt. „Leider setzte die Geldabwertung von 1948 dieser fruchtbaren Tätigkeit ein Ende.“³⁰ Ob zur Mühlen in der Zeit bis zu seinem Eintritt in die KGU außerdem noch als „freier Nachrichtenhändler“ gearbeitet hat, ist bislang von keinem der neuen „Kalten-Kriegs-Historiker“ belegt worden, ebensowenig seine angebliche Tätigkeit für das angebliche „Amt Abwehr“.

Sieben aktive Polizisten aus dem Stab und andere Halbwahrheiten

Auch der damalige ZZF-Wissenschaftler Bernd Stöver, heute Professor in Potsdam und für Heitzers Promotionskommission engagiert, übernahm in seinem 2002 erschienen Buch *Befreiung vom Kommunismus* ungeprüft die Behauptungen von Roth und dessen Quelle Zolling/Höhne. Stöver schrieb brav ab: „Schon dieses ‚Büro Hoffmann‘ wurde vom amerikanischen Geheimdienst, wahrscheinlich CIC, kontrolliert.“ Stöver legt auch einen anderen institutionellen Zusammenhang durch die Behauptung nahe, daß auch

26 Auswärtiges Amt: Vgl. Vorschlag vom 20. Februar 1942 zur Ernennung von Dr. Heinrich von zur Mühlen zum Regierungsrat. BArch, R 601 / 1913.

27 Conze, Eckart u.a.: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*. München 2010, S. 211.

28 Vgl. Keiper, Gerhard und Kröger, Martin (Bearbeiter): *Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945*, Bd. 3, L–R. Paderborn 2008.

29 Lutz Utecht fand diese Angaben in der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig unter: *Die Familie v. zur Muehlen 1792–1980*. Verf. von Heinrich v. z. Muehlen. Erschienen als Privatdruck 1981, S. 208 f.

30 Siehe Ritter, Gerhard: *Carl Friedrich Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*. Stuttgart 1954, S. 7 f.

West-Berliner Polizeibeamte dienstlich in der KgU mitgearbeitete hätten: „Auffällig war, daß auch aktive Polizeibeamte in der Gruppe tätig waren, darunter sieben Polizisten aus dem Stab des Berliner Polizeipräsidenten Stumm.“³¹ Das MfS wußte freilich von einem Informanten aus der West-Berliner Polizei zum Zeitpunkt als es die Desinformationskampagne im Westen führte, daß es sich bei den erwähnten Mitarbeitern der KgU nicht um „aktive Polizeibeamte“ gehandelt hat, sondern um ehemalige Polizeibeamte. Der Inoffizielle Mitarbeiter „Goldregen“, das war der West-Berliner Polizeibeamte Erwin Rill, berichtete seinem MfS-Führungsoffizier nämlich, „daß die Kripoangehörigen Baitz, Gerd; Dethloff, Walther; Geerds, Werner; Schultz, Irmgard; Milster, Kurt; Parey, Günter; Herzog, Günther; ihre Kündigung ausgesprochen haben, um bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit für ein höheres Gehalt Dienst zu tun“.³² In Gerhard Finns *Nichtstun ist Mord* sind Baitz, Dethloff, Milster, Pahrey und Herzog dann auch als hauptamtliche Mitarbeiter der KgU erwähnt. In der DDR-Propagandaschrift *Unmenschlichkeit als System* aus dem Jahr 1957, wird ein Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten Johannes Stumm vom 12. November 1951 wiedergegeben, in dem er die zur KgU gewechselten ehemaligen Polizeiangeestellten namentlich aufführte und per Dienstanweisung die Weitergabe von internen Informationen an sie untersagte.³³ Natürlich klang es für das MfS 1951 verschwörungstheoretisch bedeutungsvoller, aus der Information von „Goldregen“ alias Rill die irreführende Behauptung herauszufiltern, daß aktive West-Berliner Polizeibeamte in der KgU mitarbeiten würden – und wie man sieht, nimmt der Potsdamer Spätaufklärer das sogar noch heute gerne für bare Münze. In seinem Kalten-Kriegsbuch von 2007 treibt Stöver dann die Sache auf die Spitze, indem er behauptet, die KgU habe im Westen zu jenen nichtstaatlichen Organisationen gehört, „die sich die Beseitigung des kommunistischen Regimes in der SBZ/DDR auch mittels Sabotage, Brandstiftung und Mordanschlägen zum Ziel gesetzt hatten und dafür von den USA finanziert wurden“.³⁴ Tatsächlich aber ist kein einziger Mordanschlag der KgU belegt.

Stöver verweist in der Fußnote nach seiner freihändigen Behauptung auf sich selbst, auf sein eigenes Buch aus dem Jahr 2002 nämlich, mit dem dortigen Verweis auf Roths *Invasionsziel DDR* und Zolling/Höhnes *Pullach intern*, wobei Roth sich in seinem 1972 erschienenen Machwerk auf Zolling/Höhne von 1971 berief und auf Hieckes *Deckname Walter* von 1953. So schreibt einer vom anderen ab, ohne kritische Prüfung der übernommenen Darstellungen. Es paßt ja so schön ins einseitige Weltbild. Bei Stöver kommt

31 Stöver, Bernd: *Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991*. Köln 2002, S. 276. Stövers irreführende Quellenangaben sind „Deckname Walter“, leicht camoufliert wird auf die gleiche Seite der Broschüre noch einmal verwiesen, nun mit den Seitenangaben der BStU-Paginierung aus der MfS-Akte HA XX, AKG 1048. Diese Doppelzitation Hieckes wird von Stöver beibehalten, sodaß bei einem nicht in das BStU-Schriftgut eingeweihten Leser, der Eindruck entstehen muß, es handele sich um unterschiedliches Quellengut. Schließlich verweist Stöver auf die die 1987 erschienene Arbeit von Kai-Uwe Merz: *Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959*. München 1987. Merz hatte damals einen wesentlich eingeschränkteren Quellenzugang. Seine Arbeit zeichnet sich aber in jeglicher Hinsicht durch einen historisch sorgfältigeren Umgang mit dem Forschungsgegenstand als er bei Stöver, Heitzer und Co anzutreffen ist, die ihr revisionistisches „Narrativ“ unter die Leute bringen wollen. Merz hingegen bewertet seine Quellen jeweils angemessen kritisch.

32 Vgl. MfS, BV Groß-Berlin, Abt. VII; Rill, Erwin alias „Goldregen“, Berichte ab dem 19. Januar 1950. BStU, ZA, MfS, AIM 11840/62 Bd. A/1.

33 Siehe *Unmenschlichkeit als System*, Berlin 1957, S. 37.

34 Stöver, Bernd: *Der Kalte Krieg. Die Geschichte eines Radikalen Zeitalters 1947–1991*. München 2007, S. 238.

noch hinzu, daß seine Quellenhinweise für die von ihm als „auffällig“ hervorgehobene angebliche KgU-Mitarbeit von „sieben Polizisten aus dem Stab des Berliner Polizeipräsidenten Stumm“ schlichtweg nicht mit den tatsächlich an den entsprechenden Stellen zu findenden Angaben übereinstimmen. Stövers Fußnotenverweis auf Hieckes *Deckname Walter S.* 16 führt ins Leere. Auf Seite 16 ist bei Hiecke keine Rede von den angeblich in der KgU aktiven „sieben Polizisten aus dem Stab des Berliner Polizeipräsidenten“. Hiecke behauptet auf S. 16 der Desinformationsschrift lediglich, er selbst habe für die KgU während einer Flugblattaktion in der S-Bahn von der KgU-Zentrale aus telefonisch „Verbindungen zu Stellen der Stumpolizei“ gehalten.³⁵ In dem KgU-Buch von Kai-Uwe Merz, auf das sich Stöver fußnotenhalber bezieht, ist als Quellenangabe der *Spiegel* vom 14. November 1953 angegeben. Dort hieß es, Tillich habe „aus dem Stab des Polizeipräsidenten Stumm sieben Polizisten in die Kampfgruppe“ geholt. Der Spiegel stützte sich in seiner Darstellung auf einen namentlich nicht genannten „alliierten Abwehrmann“. Merz merkt dazu quellenkritisch an: „Ob die Darstellung des Spiegel wirklich in den Details zutrifft, kann nicht überprüft werden: im Grundsatz aber scheint es so, als habe die Kampfgruppe im Laufe des Jahres 1950 ihre Methoden tatsächlich verschärft.“³⁶ So wie es aussieht, sind die sieben ‚aktiven Polizeibeamten‘, die Stöver in der KgU am Werke wähnt, seiner eigenen Imagination entsprungen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz beurteilte im Mai 1953 übrigens den Quellenwert der Desinformationsschrift Hanfried Hieckes und seiner Ghostwritern wesentlich angemessener als die Potsdamer Kalten-Kriegsdeuter des ZZF, die das Machwerk recht unkritisch als Quelle verwenden. Der damalige BfV-Sachbearbeiter Günther Nollau übersandte die Broschüre mit folgender Bemerkung an Staatssekretär Thedick ins Ministerium für gesamtdeutsche Fragen: „Die Ausführungen über die Tätigkeit der Kampfgruppe sind im wesentlichen entstellt“, die Vorprüfungsgruppe in Berlin sei aus persönlicher Kenntnis der erwähnten KgU-Mitarbeiter zur Auffassung gelangt, daß die „Schilderungen der in der Broschüre angegriffenen Persönlichkeiten jedoch größtenteils zutreffend“ seien.³⁷

Im Nebel wandern

Der Vollständigkeit halber sei hier noch der weitere berufliche Weg von Heinrich von zur Mühlen skizziert. Nach seinem Ausscheiden aus der KgU im Frühjahr 1951 bemühte sich Heinrich von zur Mühlen um eine Rückkehr in den Staatsdienst. Seine Bewerbung bei Otto John im Bundesamt für Verfassungsschutz war ebensowenig von Erfolg gekrönt wie der Versuch, Ende 1951 nach § 131 in den Auswärtigen Dienst zurückzukehren. Am 19. Dezember 1951 klagte zur Mühlen in einem Brief an Axel von dem Bussche sein Leid. „Meine Bemühungen nach dem Durcheinander der letzten Jahre, endlich wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen, waren leider nicht von Erfolg gekrönt.“³⁸ Auf Vermittlung Ludwig von Hammersteins, damals Pressereferent im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, trat zu Mühlen am 1. Juli 1951 als Gesellschafter in das „Informationsbüro West“ (IWE) ein. Dort blieb er bis zum Jahresende 1951, um dann als Mitarbei-

35 Siehe: *Deckname Walter. Enthüllungen des ehemaligen Mitarbeiters der sogenannten „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“*, Hanfried Hiecke. Berlin 1953, S. 16.

36 Merz, Kai-Uwe: *Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand*, a.a.O. S. 132.

37 Das Anschreiben Nollaus vom 21. Mai 1953 findet sich unter BArch, B 137, Bd. 1017.

38 Das Schreiben zur Mühlen an Axel von dem Bussche hat Lutz Utecht aufgespürt. Es liegt dem Autor in Kopie vor.

ter des Bundesnotaufnahmeverfahrens eine sichere Position im Staatsdienst zu erlangen. Schließlich kam er zum Vertriebenenministerium, wo er mit Theodor Oberländer einen Minister über sich hatte, dessen Erfahrungshintergrund er in vielerlei Hinsicht teilte. Als erwiesen kann gelten, daß Heinrich von zur Mühlen nach dem Krieg zeitweise für den Nachrichtendienst von Friedrich Wilhelm Heinz gearbeitet hat, der bis 1953 beim Bundeskanzleramt angebunden war. Heinz war unter Canaris tatsächlich ein Mitarbeiter des Amtes Ausland/Abwehr der Wehrmacht. Es mag sein, daß aus dieser Zusammenarbeit, die im Nachkriegsberlin begann und Mitte 1951 im Streit endete, irgendwann das „Narrativ“ entstand, zur Mühlen selbst sei ein „alter Abwehrspezialist“ gewesen. Den gesinnungsfesten Historikern ist übrigens auch entgangen, daß zur Mühlen nach seiner Rückkehr aus den Gefangenschaft 1946 von Überlebenden aus dem Umfeld der Verschwörer des 20. Juli bzw. deren Verwandten unterstützt und gefördert wurde. Er muß diesem Kreis also durchaus vertrauenswürdig erschienen sein.

Natürlich interessierten sich auch diverse Organe der DDR für zur Mühlen. Seit 1956 führte das MfS ein Personendossier über ihn. Dem ist zu entnehmen, daß dort nur sehr vage Informationen über ihn vorlagen. Bekannt waren alle Wohnadressen und Angaben aus der alten Berliner Einwohnermeldekarte, die sich im Ost-Berliner Polizeipräsidium befanden. Daraus geht auch der Zeitpunkt seiner Rückmeldung aus englischer Kriegsgefangenschaft am 17. Juli 1946 hervor. Nach Kenntnissen des MfS war zur Mühlen seit 1952 im Rahmen des Bundesnotaufnahmeverfahrens für die Vorprüfung von VP-Deserteuren zuständig. Er habe im Frühjahr 1954 einen Vortrag über die Gliederung und die Arbeitsmethoden des MfS gehalten und auch Artikel zu diesem Thema publiziert. Es bestehe die Möglichkeit, daß er für die Organisation Gehlen arbeite. Am 8. Juli 1959 meldete Männchen von der HA VIII des MfS, zur Mühlen, Kurfürstendamm 145, sei gestorben. „Er war Dozent an der Freien Universität.“ Auch seine Frau Erika sei dort tätig. Diese Ermittlungsergebnisse waren freilich völlig falsch.³⁹ Seit 1958 arbeitete zur Mühlen in Bonn beim Vertriebenenministerium und seine Frau hieß Elke Martha Elois mit Vornamen. Die 3. Auflage des DDR-Braunbuches von 1968 behauptete über zur Mühlen: „Vor 1945, Regierungsrat im Auswärtigen Amt; enger Mitarbeiter des berüchtigten Geopolitikers und VDA-Präsidenten Karl Haushofer; mit ‚Sonderaufgaben‘ betraut, deshalb u.k. gestellt. Nach 1945: Mitarbeit im Referat II/3 des ‚Vertriebenenministeriums‘.“⁴⁰ Hier wurde von den SED-Propagandisten der Vater Karl mit seinem Sohn Albrecht Haushofer verwechselt oder bewußt vertauscht, da der Hinweis auf den „berüchtigten Geopolitiker“ und Präsidenten des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA) besser ins braun zu malende Geschichtsbild paßte. Freilich stand auch der „berüchtigte“ Karl Haushofer als enger Freund von Rudolf Heß seit dessen Flug nach Schottland 1941 unter Gestapo-Beobachtung. Er war zudem mit einer Frau jüdischer Herkunft verheiratet, kurzzeitig kam er sogar in KZ-Haft nach Dachau. Er lebte seit 1941 mit seiner Frau zurückgezogen und war ohne politischen Einfluß.

Bereitwillig übernahm Enrico Heitzer wiederum für seine biographische Darstellung über Heinrich von zur Mühlen die Verdrehungen aus dem DDR-Braunbuch. Das „Büro von Kursell“, in dem Heinrich von zur Mühlen von August 1936 bis April 1937 beschäftigt

39 MfS, HA VII/2: Personenermittlung zu Dr. Heinrich von zur Mühlen. BStU, ZA, Allg. P. 5029/62.

40 Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hrsg.): Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Berlin (West), 3. Auflage. Ost-Berlin 1968, S. 312.

war, soll laut Heitzer „eng an den ‚Stellvertreter des Führers‘ und dessen ‚väterlichen Freund‘ Albrecht Haushofer angelehnt“ gewesen sein.⁴¹ Der 42 Jahre alte Rudolf Heß soll Heitzer zufolge also 1936 in dem damals 33 Jahre alten Albrecht Haushofer einen „väterlichen Freund“ gehabt haben. Was soll’s, bei Faschisten muß es der Antifaschist ja nicht so genau nehmen. Solcherlei Gebrauch der Geschichte gehört im linken Historikermilieu nun mal zum guten Umgangston.

Faschisten waren für das MfS in den frühen fünfziger Jahren ohnehin fast alle, die gegen die SED-Diktatur aufbegehrten. Selbst als es am 17. Juni nicht mehr kleine Gruppen, sondern Hunderttausende waren, blieb diese Interpretation konstant. Ein „faschistischer Putsch“ sei niedergeschlagen worden, hieß es bei SED und MfS hernach. Im Status der Unschuld, was die Vorgeschichte der beiden deutschen Staaten betrifft, befanden sich auf beiden Seiten freilich nicht viele Zeitgenossen. In allen Parteien und Institutionen der beiden deutschen Staaten kamen ehemalige Nazis zum Zuge. Die Frage, die von Heitzer und Co. systematisch ausgeblendet wird, ist freilich, ob sie immer noch in ihrer alten Überzeugung verharren, oder dazugelernt haben könnten. Die sowjetische Besatzungsmacht und die SED gingen jedenfalls davon aus, daß die von ihnen „Entnazifizierten“ nun gute DDR-Bürger sein würden. „Die braunen Wurzeln“ bei der KgU lagen wohl kaum tiefer als in der übrigen Gesellschaft. Freilich hatten die Hauptprotagonisten Hildebrandt und Tillich in Nazi-Haft gesessen. „Braune Wurzeln“ konnte selbst das MfS ihnen nicht andichten und die ausdrückliche Berufung der KgU auf die „Weiße Rose“ und den 20. Juli 1944 gehörte Anfang der 1950er-Jahre nicht zum Allgemeingut im westdeutschen Geschichtsbild.

Die jüngste Fortschreibung der Legende über Heinrich von zur Mühlen findet sich ausgerechnet in dem anlässlich der 50-Jahrfeier des Notaufnahmelaagers Marienfelde erschienenen Band von Keith R. Allen *Befragung, Überprüfung, Kontrolle. Die Aufnahme von DDR-Flüchtlingen in West-Berlin bis 1961*. Erschienen ist das Werk in einer Reihe „Beiträge zur Geschichte von Mauer und Flucht“ bei Ch. Links, gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die auch schon das zweifelhafte Werk *Affäre Walter* von Enrico Heitzer finanziert hatte. Keith R. Allen behauptet zunächst ohne Beleg, die KgU sei „von dem Schriftsteller Rainer Hildebrandt und dem früheren NS-„Abwehrspezialisten“ Heinrich von zur Mühlen gegründet“ worden.⁴² Weiter hinten im Buch wird dann deutlich, woher Allen seine Weisheit bezogen hat. Dort ist nämlich wieder vom „ehemaligen Abwehrspezialisten der Wehrmacht Heinrich von zur Mühlen alias Dr. Hoffmann, dem ersten Leiter der Abteilung Information“ in der KgU die Rede, und eine Fußnote verweist – surprise surprise – auf Heitzers Buch *Affäre Walter*, S. 36 bis 27. Später auf Seite 72 erwähnt Allen unter Berufung auf die gleiche trübe Quelle zur Mühlen als „Leiter der ‚Widerstands- und Sabotageabteilung‘ der KgU (Iib)“. Noch deutlicher werden die personellen Verquickungen in der Danksagung am Ende des Buches: Einer der Lektoren des Manuskriptes war Enrico Heitzer. Obwohl sich Allen ausführlich in einschlägigen Archiven umgetan hat und die Tätigkeit diverser alliierter Dienste im Notauf-

41 So Heitzer, Enrico: „Affäre Walter“. Die vergessene Verhaftungswelle. Berlin 2008, S. 24 f. Heitzer versucht an dieser Stelle ab S. 23, ganz im Stile des MfS – „Ein Blick auf die Geschichte der Familie von zur Mühlen ist aufschlußreich.“ – durch eine Aufstellung naher und ferner Verwandter aus der Familie zur Mühlen nachzuweisen, daß es sich bei diesem Familienverband um eine zutiefst faschistische Brut gehandelt habe.

42 Allen, Keith R.: *Befragung, Überprüfung, Kontrolle. Die Aufnahme von DDR-Flüchtlingen in West-Berlin bis 1961*. Berlin 2013, S. 18.

nahmelager Marienfelde äußerst kritisch bewertet, bleiben die andere Seite des Kalten Krieges und deren Agenten im Notaufnahmelager unbeachtet. Die Unterlagen des MfS-Archivs über das Aufnahmelager geben Auskunft über eine andere Art von Kontrolle, die das SED-Regime und seine Institutionen über die bereits seinem Herrschaftsbereich entronnenen Flüchtlinge weiter aufrecht zu erhalten suchte. Sie geben auch Auskunft darüber, daß zeitgenössische Befürchtungen der westlichen Dienststellen keineswegs nur antikommunistische Hirngespinnste waren. Das aber ist wohl zuviel verlangt, denn es brächte die einseitige Geschichtsklitterung aus ihrer selbstgefälligen Balance und Allens Buch um den Clou, daß die DDR-Flüchtlinge, gleich nach ihrer Ankunft im Westen, denkbar schlechten Leuten in die Hände fielen.

Erpreßte Geständnisse und Psychologische Kriegsführung

Oberstleutnant a.D. Helmut Zörner verfaßte am 26. Oktober 1988 für die Traditionsarbeit des MfS seine Erinnerungen darüber, wie der KgU unter seiner Beteiligung „ein entscheidender Schlag“ versetzt wurde, „der zur Einstellung wesentlicher Feindmaßnahmen gegen die DDR führte“. Zörner war in den 1950er-Jahren leitender Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam und später Abteilungsleiter der Hauptabteilung XX/2. Als solcher war er dort unter anderem zuständig für die Absicherung wichtiger „politisch-gesellschaftlicher Höhepunkte“ wie etwa die Weltjugendfestspiele 1973.⁴³ In den 1950er-Jahren war Zörner auch an der Entführung des 1953 „auf der Flucht erschossenen“ Studenten der Freien Universität Wolfgang Krütze beteiligt. Sicher ist manches in der vor „Tschekestolz“ strotzenden Selbstbeweihräucherung Zörners weit übertrieben. Doch in einigen Punkten trog ihn sein Erinnerungsvermögen nicht. Namentlich die Angaben einem maßgeblich von ihm geworbenen Agenten, den er in seinem Text als „Walter“ camouflierte, sind überprüfbar. Mit seiner Hilfe gelang laut Zörner:

die „Lahmlegung und Zerschlagung aller Ballonaktionen“⁴⁴,

die „Vernichtung großer Vorräte und Bestände an Bekleidung in zwei Lagerhallen (für Spendenaktionen an Bürger der DDR) durch Säureeinsatz, durchgeführt von Walter“,

die „Durchführung eine großen internationalen Pressekampagne zur Entlarvung der Zentrale, einschließlich ihrer Hintermänner und ihrer subversiven Tätigkeit gegen die DDR“,

die „Weiterführung der gezielten Aufklärung von Personen dieser Zentrale sowie personeller Verbindungen zu anderen Organen und staatlichen Institutionen“,

die „Schaffung einer weiteren Qualifizierten Quelle in der Zentrale“

und vor allem in der DDR „Festnahmen, Werbungen, Verwarnungen“.⁴⁵

Wie viele MfS-Agenten tatsächlich in der KgU aktiv waren, ist in Gerhard Finns Arbeit von 2002 nachzulesen. Finn hat in *Nichtstun ist Mord* vorbildlich nach bestem Wissen, das er aus dem Archivgut gewann, und aus der eigenen Kenntnis als Zeitzeuge eine Grundlagenstudie vorgelegt, die nach wie vor Gültigkeit hat. Vor allem schied Finn sorgfältig die MfS-Dichtung von den belegbaren Tatsachen, und das ist nach wie vor eine Meisterleistung auf diesem schwierigen Terrain.

43 MfS, HA Kusch: Kaderakte Helmut Zörner. BStU, MfS, ZA, MfS KS II 228/83.

44 Alle Ballonaktionen konnte das MfS nicht verhindern, die Explosion eines Ballons vor dem KgU-Gebäude in Nikolassee bewirkte allerdings einen nachhaltigen Imageschaden für die KgU.

45 Zörners Erinnerungen finden sich unter BStU, ZA, MfS – HA XX/4 Nr. 2473.

Erstaunlich ist nämlich, wie naiv die abschreibende Historikerzunft mit den Behauptungen umgeht, die KgU habe in der DDR schwere Terroranschläge gegen Leib und Leben von unbeteiligten Menschen ausführen wollen. Liest man die Geständnisse, die in der frühen DDR von Angeklagten in stalinistischen Schauprozessen gegen angebliche KgU-Terroristen abgelegt wurden, so wird eigentlich schon überdeutlich, welcher Art von Vorbehandlung diese Männer und Frauen ausgesetzt waren.⁴⁶ Hierfür nur ein Beispiel: Ohne Haftbefehl wurde der Oberförster Heinz Hildebrandt am 11. August 1954 um 19.30 Uhr wegen seiner Beteiligung an Demonstrationen während des Volksaufstandes 1953 festgenommen und nach Halle in den sogenannten Glaspalast gebracht. Hildebrandt erinnerte sich folgendermaßen an das, was ihm dann widerfuhr: „Dort wurde ich unter Mißhandlungen (Schläge, Tritte vor die Schienbeine, Blendung der Augen durch Jupiterlampen) vernommen. Auch das Wachpersonal (Schließer) prügelte, wie es ihnen in den Sinn kam. Die Mißhandlungen wurden durch Schlafentzug, durch Einpfarben in eine Dunkelzelle beziehungsweise in eine Stehzelle und durch Verabreichen von versalzendem Mittagessen bei gleichzeitigem Entzug von Getränken vervollständigt. Mit den Mißhandlungen wollte man von mir ein Geständnis erpressen, daß ich im Auftrag der KgU (Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit) gehandelt hätte, daß der Chef jener Gruppe Rainer Hildebrandt mit mir verwandt sei und daß der ehemalige Nazigauleiter von Mecklenburg, Hildebrandt, mein Onkel sei und daß ich für die Organisation Gehlen arbeiten würde. Die angedichtete Verwandtschaft traf nicht zu, für Gehlen gab es keinen Beweis.“⁴⁷ Heinz Hildebrandt wurde schließlich wegen nichts und wieder nichts (Geldsammlung für einen Inhaftierten und Flugblattverteilung) zu zwei Jahren und einem Monat Haft verurteilt.

Die Mißhandlungen von KgU-Verdächtigen stießen sogar im DDR-Justizapparat auf Widerspruch, denn es gab es zu jener Zeit noch Juristen, die mit den angewandten Methoden nicht einverstanden waren. So Staatsanwalt Neubert aus Halle. Er begründete in einem Schreiben vom 8. September 1953 gegenüber dem Generalstaatsanwalt der DDR, Abteilung I, warum er im Falle von Franz Hannemann „von Ihrer Weisung – 6–7 Jahre zu beantragen“ abgewichen war. Neubert hatte lediglich auf fünf Jahre plädiert und das Gericht war ihm gefolgt. Wie Neubert an seine vorgesetzte Dienststelle schrieb, brachte der Angeklagte „während der Hauptverhandlung wiederholt zum Ausdruck, daß in den Ermittlungsprotokollen nicht seine eigenen Worte niedergeschrieben seien und er bezüglich der geleisteten Unterschrift unter Druck gesetzt worden wäre“. Auf Nachfrage habe der Angeklagte erklärt, er sei „1/4 Jahr hindurch in einem Kellerraum ohne Fenster untergebracht“ gewesen, „wobei er durch die Angehörigen der aufsichtshabenden Wachmannschaft gezwungen worden wäre, unablässig in das elektrische Licht zu sehen. Eine Nichtbefolgung hätte Bestrafung nach sich gezogen, die darin bestand, daß der Angeklagte bis auf Widerruf innerhalb des Raumes in der Runde hätte laufen müssen. Bei Weigerung der Unterschrift wäre ihm dann ungefähr mit folgenden Worten gedroht worden: ‚Nun, dann müssen Sie eben wieder in den Keller. Es liegt an Ihnen, wie lange Sie dort sitzen müssen.‘ Um diese Zeit der Qual recht schnell zu beenden, hätte er die Protokolle dann unterschrieben.“ Da die Ermittlungen vom Ministerium für Staatssicherheit geführt wurden, müsse die Generalstaatsanwaltschaft sich doch für diesen „Verstoß gegen die demokratische Gesetzlichkeit“ interessieren. Darüber hinaus teilte Staatsanwalt Neubert seinen

46 Vgl. hierzu Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord, S. 116 ff.

47 Hildebrandt, Heinz: Es war einmal. <http://www.17juni53.de/karte/halle/hildebrandt.html>, Zugriff am 20.06.2013.

Vorgesetzten in Berlin zur Begründung des von ihm beantragten geringeren Strafmaßes mit, daß Hannemann die von ihm verlangten Skizzen nicht an die KgU geliefert und nach dem Burianek-Prozeß den Kontakt abgebrochen habe.⁴⁸

Franz Hannemann, (Jahrgang 1913, 1928 KJVD) seit Juni 1950 Mitglied der SED, Angestellter der Reichsbahn, wurde vom MfS der Sabotage gegen den S-Bahn-Verkehr bezichtigt. Hannemann habe selbst Kontakt mit der KgU aufgenommen und diese über interne Vorgänge informiert. Er war im fliegenden Einsatz (Gruppen von fünf bis acht Kontrolleuren) von der Reichsbahn eingesetzt worden, um Schmierereien und Klebeaktionen zu verhindern. Laut MfS soll er andere Mitarbeiter dieses Bereichs namentlich der KgU gemeldet haben. Hannemann habe sich außerdem bereit erklärt, KgU-Agitationsmaterial in der S-Bahn zu deponieren. Er wurde am 10. August 1953 in Halle zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt, kam im August 1956 vorzeitig auf Bewährung drei und floh in den Westen.⁴⁹

Staatsanwalt Neubert scheint ein Mann mit ausgeprägtem Gerechtigkeitssinn gewesen zu sein. Im Jahr 1955 setzte er sich für zwei wegen KgU-Tätigkeit zu jeweils zwölf Jahren Haft verurteilte Rekruten der kasernierten Volkspolizei ein. Da beide zur Tatzeit (1953) erst siebzehn Jahre alt waren, forderte er eine Herabsetzung der Strafe mit der Begründung, diese seien „bei näherer Betrachtung der Umstände der Begehung der Tat und der Täterpersönlichkeit als überhöht“ einzuschätzen.⁵⁰ Der Generalstaatsanwalt wies dieses Ansinnen Neuberts zurück.

Zur gleichen Zeit befeuerte der DDR-Staatssicherheitsdienst nämlich seine großangelegte Enthüllungskampagne gegen die „Verbrecherorganisation“ KgU mit neuen Enthüllungen, die in den DDR-Medien breiten Raum einnahmen. Als Höhepunkt dieser Kampagne fand am 20. Oktober 1955 eine vom Presseamt des Ministerpräsidenten der DDR einberufene internationale Pressekonferenz in Ost-Berlin statt. Dort wurde auch die bereits erwähnte und von Karl-Heinz Roth als Quelle seiner Erkenntnisse zitierte „Denkschrift über die Tätigkeit der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V.‘, Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2–4“ vorgelegt. Deren erster Satz lautete: „Das Material, das mit dieser Denkschrift der Öffentlichkeit über die antideutsche und verbrecherische Tätigkeit der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ übermittelt wird, stützt sich auf die Aussagen des früheren hauptamtlichen Mitarbeiters der ‚KgU‘, Herrn Wagner, und auf die seit Jahren von den Sicherheitsorganen der Deutschen Demokratischen Republik getroffenen Feststellungen.“ Diese „Feststellungen“ wurden dann im folgenden ausgebreitet, um zu belegen, daß es sich bei der KgU um „eine mit amerikanischen Mitteln gespeiste Terrororganisation“ handele, deren Verbrechen „sich gegen das ganze deutsche Volk richten und die nach den Gesetzen aller Kulturstaaten mit strengen Strafen geahndet werden“.⁵¹

Interessant ist nun, wie der zuständige Staatsicherheitsoffizier Borrmann in seinem Maßnameplan die Pressekonferenz vorbereitet hat. Zunächst konstatierte er die Erfolglosigkeit bisheriger Pressekonferenzen zum Thema KgU. Die Westpresse habe ihre Berichterstatter

48 Das Schreiben von Staatsanwalt Neubert an die Generalstaatsanwaltschaft in Ost-Berlin findet sich unter BStU, ZA, AU 262/53 Bd. 1.

49 Vernehmungsprotokolle des MfS, HA IX/2, und weitere Unterlagen zum Fall Hannemann finden sich unter BStU, ZA, AU 262/53 Bd. 1-4.

50 Vgl. den Vorgang unter MfS, ZA, AU 301/53 Bd. I-III.

51 Die vom DDR-Staatssicherheitsdienst verfaßte „Denkschrift über die Tätigkeit der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V.‘“ findet sich unter BStU, ZA, MfS-ZAIG 10582.

nur entsandt, „um unsere Enthüllungen schon im Stoß abzufangen, sie in der üblichen Weise zu verfälschen oder gar einfach ganz tot zu schweigen“. Deswegen müßten „andere Wege“ gefunden werden, um die Informationen zu verbreiten, die „prinzipiell mit unseren Absichten übereinstimmen“. Dazu sei der übergelaufene KgU-Mitarbeiter Rupprecht Wagner sehr geeignet. „Einem noch festzulegenden Kreis von westdeutschen Presseorganen (z.B. „Der Spiegel, Nachrichtenmagazin, „Stern“, Großillustrierte, „Die Welt“, Tageszeitung)“ solle offeriert werden, „mit Wagner unter vier Augen zusammenzutreffen und sich ganz objektiv berichten zu lassen“. Es sollte bei einem Zustandekommen solcher Exklusivinterviews vermieden werden, „irgendeine Bedingung zur Verwendung des Materials auch nur anzudeuten. Alles das, was der West-Journalist unbedingt erfahren soll, darauf sollte Wagner präpariert werden und unabhängig von den Fragen, die ihm gestellt werden das Gespräch geschickt darauf hinlenken. Es muß immer eine zwanglose Unterhaltung unter vier Augen bleiben, bei der nichts darauf hindeutet, daß vorbereitetes Material an den Mann gebracht werden soll.“ Gegebenenfalls könne im Anschluß an die Unterredung auch Bild- und Dokumentenmaterial zur Verfügung gestellt werden. Zu einer wirksamen Verbreitung der gewünschten Informationen könne man getrost auf die Mechanismen der „Konkurrenzjournalistik“ setzen und auf den „Sensationscharakter“ eines exklusiven Informationszugangs. „Die anderen Zeitungen, wenn sich nicht zu kurz kommen wollen, werden sich notwendigerweise anschließen müssen.“⁵² Heute würde man das als gezielte Herbeiführung eines Scoops bezeichnen.

Ursprünglich sollte die Pressekonferenz schon am 17. September stattfinden, doch eine dafür vorgesehene „Zeugin“ hatte sich dem Staatssicherheitsdienst entzogen und war in den Westen geflüchtet. *Der Stern* hatte Anfang September 1955 schon vorgelegt. Unter der Überschrift „Damit wollen wir nichts zu tun haben“ verbreitete die Illustrierte so ziemlich alle Botschaften, die durch den DDR-Staatssicherheitsdienst in Umlauf gebracht worden waren. Mit deutlich antiamerikanischer Färbung legte der *Stern*-Artikel einen Mißbrauch junger deutscher Männer durch den US-Geheimdienst nahe. Auch in der *Welt* und *Welt am Sonntag* erschienen ähnliche Darstellungen. Vom Autor beider Artikel, Weinert, stammte angeblich auch ein Teil des Materials, das der *Stern* veröffentlichte. Henri Nannen nahm an einem Gespräch mit Weinert am 20. August 1955 über die KgU teil, danach erschienen im *Stern* Nr. 37 die Vorwürfe. Dabei wurde ein Foto aus einem DEFA-Film als Beleg für einen Brand in einer Fürstenwalder Fabrik verwandt und spekulative Anschuldigungen über einen KgU-Anschlag damit verbunden. Mutmaßungen, daß Weinert sein Material vom DDR-Staatssicherheitsdienst erhalten habe, sind freilich nicht belegt.⁵³ Die Rolle Nannens, dessen meinungsstarke Handschrift in den *Stern*-Artikel eingeflossen ist, muß in diesem Zusammenhang zu denken geben. Henri Nannen war als jungen Mann nicht nur ein glühender Nazi, der in schwülstigen Texten dem „sieghaften Pathos der Vereidigung der SS vor den Stufen der Feldherrnhalle“ gehuldigt hatte,⁵⁴ Nannen war 1944 – genau wie Heinrich von zur Mühlen – in einer Propagandakompanie des Oberkommandos der Wehrmacht eingesetzt und verfaßte an der italienischen Front Flugblätter für amerikanische Soldaten, die deren Kampfbereitschaft schwächen sollten.⁵⁵

52 Siehe Borrmanns Maßnameplan ebd.

53 Schreiben von Curt Bley vom 27. Oktober 1955 an Hans Zehrer betr. Berichterstattung über KgU. BStU, ZA, HA XX, Nr. 13802.

54 Dieser Artikel Nannens erschien im Juli 1937 in der NS-Zeitschrift „Kunst im Dritten Reich“ anlässlich der Festlichkeiten zum „Tag der Deutschen Kunst“.

55 Vgl. hierzu Schreiber, Hermann: Henri Nannen. Drei Leben. München 1999.

Angesichts dieser Hintergründe lag 1955 eine verquere Streitlage vor. Der ehemalige Nazi-Propagandist Henri Nannen diffamierte in seinem Blatt den ehemaligen Nazi-Gegner und KZ-Häftling Ernst Tillich. Letzter belegt inzwischen bei den Kalten-Kriegs-Neudeutern im Historikerlager den Rang eines Buhmanns. Die Art und Weise, wie er heute von linken Gesinnungs-Historikern charakterisiert wird, unterscheidet sich kaum noch von dem, was sich DDR-Desinformationsstrategen in den fünfziger Jahren zusammengereimt haben. Es mußten ja „Belege“ dafür her, daß der Westen tatsächlich eine gewaltbereite Untergrundtruppe hinter dem Eisernen Vorhang unterhalte und Tillich der Kopf dieses Unterfangens in West-Berlin sei. Das gilt offenbar auch heute wieder und die in den 50er Jahren erpreßten Geständnisse aus MfS-Verhören werden von Stöver und Co. unkritisch als aussagekräftiges Quellengut behandelt. Was es mit den fabrizierten „Belegen“ zu Ernst Tillich aus den fünfziger Jahren auf sich hat und warum diese von heutigen linken Historikern für ihr neues Narrativ des Kalten Krieges gerne wieder zur Hand genommen werden, dazu mehr in der nächsten Ausgabe.